

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Drittes Bunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 21.

Berlin, Sonnabend, 13. März 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Freiwillige vor! — Ein Wort an die Ortsverbände. — Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für das Jahr 1908. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Freiwillige vor!

In jedem Ortsverein gibt es sicherlich einen Kollegen, der die Bedeutung der Presse für die Organisation zu würdigen weiß und deshalb den Wunsch hegt, den Leserkreis des Verbandsorgans recht weit auszuweihen.

Diese Kollegen können jetzt ihre Wünsche verwirklichen, wenn sie selbst in jeder Ortsvereinsversammlung zum Abonnement auf den „Gewerkeverein“ auffordern, die Namen der Abonnenten selbst sammeln und sie beim zuständigen Postamt aufgeben.

Wer den guten Willen hat, dem wird auch der Erfolg nicht fehlen. Der Versuch muß nur erst einmal gemacht werden.

Wer für die Verbreitung unseres Verbandsorgans sorgt, agitiert damit wirksam für die Ausbreitung unserer Ideen und Bestrebungen.

Das aber ist die Pflicht jedes Kollegen. Wer will sich ihr entziehen?

Wer übernimmt für seinen Ortsverein jene Aufgabe?

Ein Wort an die Ortsverbände.

Vergangene Woche hatten sich im Berliner Verbands Hause die Generalsekretäre und Redakteure der dem Verbands angeschlossenen Gewerkevereine zusammengesunden, um gemeinsam Beratungen zu pflegen über die Mittel und Wege, wie man am besten für die Ausbreitung unserer Organisation wirken könne. Dabei konnte die erfreuliche Tatsache mit Genugtuung festgestellt werden, daß fast alle Vertreter erklärten, nicht allein der Mitgliederrückgang hat ein Ende gefunden, sondern es ist fast auf der ganzen Linie ein deutlicher Fortschritt zu erkennen. Fast in allen Gewerkevereinen befindet sich die Mitgliederzahl seit einigen Monaten im Steigen trotz des noch immer anhaltenden wirtschaftlichen Niederganges und obgleich die Konkurrenzorganisationen noch stets über die Mitgliederverluste klagen.

Diese Erscheinung wird überall unter den Verbandskollegen lebhaft Freude erwecken. Die hier und da sich zeigende Mühseligkeit wird wieder einer zuverlässigeren Stimmung Platz machen. Aber nicht genug damit! Es wird sich auch der Wunsch stärker geltend machen, mit dazu beizutragen, daß unsere Organisation immer größer wird. Wenn durch die Unkunst der wirtschaftlichen Verhältnisse derartige Bemühungen erfolglos bleiben, dann schwindet leicht der Eifer, für eine Sache zu wirken. Nehmen sich aber die Zeichen, daß das Streben nach vorwärts von Erfolg

gekrönt wird, dann ist dies für die tätigen Kollegen ein Ansporn, mit beizutragen zu den Fortschritten.

Auf den Willen allein aber kommt es nicht an; bisweilen fehlt es auch an der Erkenntnis, wie man diesen Willen durchzusetzen vermag. Deshalb sollen diese Ausführungen einen Fingerzeig geben, wie man wirksam für die Ausbreitung unserer Organisation wirken kann.

Gewiß wird jeder Kollege stets in erster Linie darauf bedacht sein, demjenigen Berufsverein, dem er selbst angehört, neue Mitglieder zuzuführen. Daran soll auch durchaus nichts geändert werden. Da aber die dem Verbands angeschlossenen Berufsvereine die gleichen Ideale verfolgen und dem gleichen Ziele zustreben, müssen die von dem Werte unserer Ideen durchdrungenen Kollegen auch stets daran denken, wo es geht, die Brudervereine zu stärken und zu fördern. Man soll nicht immer nur den eigenen Vorteil im Auge haben, sondern auch darauf bedacht sein, daß es dem Nächsten gut geht. Deshalb muß in den einzelnen Ortsverbänden das Streben mehr als bisher geweckt werden, Ortsvereine anderer Berufe zu gründen.

Selbst bei streng durchgeführter Berufstrennung werden sich in vielen Ortsvereinen Mitalglieder finden, die genau genommen eigentlich nicht hineingehören. Es wird hier und dort in einem Ortsverein der Lederarbeiter ein Schneider Eingang gefunden haben; dort wird vielleicht in einem Verein der Holzarbeiter ein Zigarren- oder Tabakarbeiter sitzen usw. Es gibt kaum einen Ort, auf den dies nicht zutrifft. Wir sind nun der Meinung, daß diese Situation von uns besser ausgenutzt werden kann und muß. Kein Verein verliert gern Mitglieder, auch nicht solche, die ihrem Beruf nach eigentlich nicht hineingehören. Wenn wir aber sehen, daß wir unserer Gesamtorganisation damit einen Dienst leisten, so müssen wir auch gewillt sein, ein kleines Opfer zu bringen und auf diese uns eigentlich nicht gehörenden Mitglieder verzichten, wenn die Möglichkeit gegeben ist, mit ihnen Ortsvereine neuer Berufe zu gründen. Wir denken uns die Sache so:

Jemandem besteht ein Ortsverein der Maschinenbauer. Es haben sich ihm auch drei Lederarbeiter angeschlossen, welche die Bedeutung der Deutschen Gewerkevereine und ihren Wert richtig erkannt haben, aber nicht zur Gründung eines eigenen Ortsvereins schreiten konnten, weil ihre Zahl zu gering war. Um sie nicht unorganisiert zu lassen oder sie den Gegnern zuzutreiben, hat man ihnen bereitwillig Aufnahme gewährt. Solche oder ähnliche Verhältnisse findet man vielfach. Diese Kollegen bleiben dann ruhig in dem Ortsverein der Maschinenbauer, ohne jemals den Versuch zu unternehmen, einen Ortsverein ihres eigenen Berufes zu gründen. Darauf verzichten sie teils aus Bequemlichkeit, teils auch, weil sie gewisse Rechte sich erworben haben. Der Ortsvereinsauschutz läßt sie auch nicht gern geben.

Hier muß einmal der Hebel angefaßt werden. Da, wo solche Nichtberufskollegen in den einzelnen Ortsvereinen sind, muß man jetzt, wo allmählich eine bessere Zeit wieder anzubrechen scheint, wo die Arbeiter wieder ein größeres Organisationsbedürfnis zeigen, anfangen mit der Gründung von neuen Ortsvereinen. Gerade solche Kollegen, die in anderen Vereinen bereits über unsere Bestrebun-

gen aufgeklärt sind und praktische Erfahrung besitzen, bilden einen gesunden Stamm für einen neuen Ortsverein. Sie sind diejenigen, welche die Geschäfte leiten und die Führung in dem neuen Verein in die Hand nehmen müssen. Dadurch werden auch diejenigen Ortsvereine nicht geschwächt, die zwei oder drei Mitglieder abgeben müssen. Im Gegenteil, wenn in einer Stadt drei, vier oder fünf Ortsvereine vorhanden sind, so können sie viel mehr leisten als nur einer. Sie werden eine größere Anziehungskraft ausüben auf die überall noch vorhandenen Massen der indifferenten; sie werden sich gegenseitig unterstützen und stets darauf bedacht sein, auch den anderen Berufsvereinen neue Mitglieder zuzuführen. Man soll nur einmal den Versuch machen, und bald wird sich zeigen, daß jeder einzelne Verein davon Vorteile hat. Namentlich die kleineren Gewerkevereine, denen nicht überall diejenige Unterstützung zuteil wird, deren sie bedürfen und auf die sie Anspruch haben, können dadurch wirksam gefördert und gestärkt werden. Was nützen alle die schönen Reden von der Einheitlichkeit und der Zusammengehörigkeit und von der Pflege der Verbandsgemeinschaft, wenn man sie nur im Munde führt und sie nicht auch in die Tat umzusetzen bemüht ist! Hier gilt es einmal zu zeigen, daß die verschiedenen Gewerkevereine wirklich einig und geschlossen vorgehen wollen.

Wir sind der Meinung, daß überall stets ein edler Wettstreit unter den Kollegen stattfinden muß, wenn es gilt, die eigenen Reihen zu stärken. Der eifrige und vorwärts drängende Kollege aber darf seinen Gesichtskreis nicht zu eng ziehen: sein Streben muß weiter gehen und darauf gerichtet sein, auch die Gesamtorganisation zu stärken und zu fördern und für ihre Ausdehnung Sorge zu tragen. Nicht nur an sich selbst zu denken, sondern auch seinen Mitmenschen zu helfen, das ist ja der Grundgedanke unserer Organisation, der auch zum Ausdruck kommt in dem Worte, das uns unser unvergesslicher Meister und Führer Dr. Max Hirsch so oft zugerufen hat: Einer für alle, alle für einen! Wohlauf, Kollegen, handeln wir danach!

□ Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für das Jahr 1908.

III.

Im vorjährigen Bericht erlaubten wir uns an das Präsidium des Reichsversicherungsamts die höfliche Bitte zu richten, es möge Sorge tragen für die Zuziehung von Arbeitervertretern bei Vorberatung der Versicherungsreform. Der Präsident Dr. Kaufmann stellte schon damals in Aussicht, daß eine solche Heranziehung für die Krankenkassen stattfinden würde, während es mit den übrigen Versicherungszweigen, speziell in der Unfallversicherung, an öffentlich anerkannten Organen der Arbeiterbewegung fehle. Inzwischen soll der Entwurf zur Versicherungsreform fertiggestellt sein. Zur Krankenkassenreform sind Arbeiter gehört worden, zu den anderen nicht. Das halten wir für bedauerlich. Der Standpunkt, daß die Gewerkevereine, weil sie nicht amtliche oder halbamtliche Verbände sind, für die höheren Behörden gewissermaßen nicht existieren, ist reichlich veraltet und überlebt. Es würde dem Staatssekretär des Innern gar nichts schaden, wenn er auch auf diesem Gebiete mit verschämten Gebräuchen aus der alten Zeit aufträuen würde.

Für das laufende Jahr steht uns die gesetzgeberische Behandlung der Versicherungs-

reform nun bevor. Sie bringt nicht nur Abänderung und Ausbau der bestehenden Gesetze, sondern als Neuerrichtung auch die Witwen- und Waisenversicherung. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, bei den Verhandlungen die Rechte der Arbeiter zu wahren und die Kenntnis über die neuen Gesetze wieder unter der Arbeiterschaft zu verbreiten.

Wir klagten auch im vorjährigen Bericht über die Verschleppungspraxis der Berufsgenossenschaften bei der ersten Festsetzung von Renten. Damals hatten wir uns beschwerend über das Reichsversicherungsamt gemeldet an Hand eines Falles, bei dem sechs Monate nach dem Unfall, drei Monate nach Beendigung des Heilverfahrens, noch keine Rente festgesetzt war. Vom Reichsversicherungsamt erlosch eine Besetzung dieses Mißstandes. Im Mai wurde uns aber mitgeteilt, daß keine Veranlassung bestünde, das Verfahren der Berufsgenossenschaft zu beanstanden. Unmittelbar darauf reichten wir in einem anderen Falle eine erneute Beschwerde ein. Ein Arbeiter hatte am 5. September 1907 Antrag auf Bewilligung einer Rente gestellt, war jedoch am 14. Mai 1908 noch ohne Nachricht. Es waren mehr als acht Monate verfloßen. Aber auch in diesem Falle trat das Reichsversicherungsamt auf die Seite der Berufsgenossenschaft und vermochte eine schuldhaftige Verzögerung des Rentenfeststellungsverfahrens nicht anzuerkennen.

Unter diesen Umständen wird es wohl schwer möglich sein, die Verschleppungspraxis der Berufsgenossenschaften auch nur etwas einzudämmen, und man braucht sich deshalb nicht zu wundern, daß die Fristen immer ausgedehnter werden bis zur Genehmigung einer Rente. Ein Schulbeispiel ist nachstehender Fall: Ein Verleger bezw. dessen Frau meldete am 29. Dezember 1907 schriftlich seinen Rentenanspruch bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft an. Am 17. August 1908 erhielt die Witwe — der Mann war inzwischen verstorben — den Vorbescheid, der auf Ablehnung des Antrages lautete. Allerdings lag der Fall recht schwierig, und zur Not soll kein Vorwurf daraus erhoben werden, daß es acht Monate dauerte, ehe der Vorbescheid erging. Jedenfalls war sich die Berufsgenossenschaft aber doch am 17. August 1908 über die Sachlage klar. Trotzdem erging der berufsunfähige Bescheid erst am 15. Januar 1909, fünf Monate nach dem Vorbescheid, dreizehn Monate nach der Anmeldung. Eine Beschwerde an das Reichsversicherungsamt wird nach den oben mitgeteilten Erfahrungen leider keinen Erfolg haben.

Die Berufsgenossenschaften machen sich die neuere Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts mit aller Energie zunutze. Sie nehmen die Konjunktur wahr. Renten, die seit 10 bis 20 Jahren bezahlt und damals als Dauerrenten bezeichnet wurden, gelangen einfach zur Aufhebung. Es ist, als wäre bei den Berufsgenossenschaften großer Umzug, bei dem Speicher und Böden geleert werden müßten. Das prägt sich bei den Rentenherabsetzungsanträgen der Berufsgenossenschaften bei den Schiedsgerichten besonders aus. Sind in einem Falle seit der ersten Rentenfestsetzung mindestens fünf Jahre verfloßen, so kann nicht mehr die Berufsgenossenschaft eine Herabsetzung selbst vornehmen, sondern sie muß einen berechtigten Antrag an das Schiedsgericht stellen. Solcher Anträge wurden an die Schiedsgerichte gestellt:

1901	5709
1902	7942
1903	9647
1904	10992
1905	13648
1906	17160
1907	21050

Aber damit sind die Berufsgenossenschaften nicht zufrieden. „Je mehr er hat, je mehr er will.“ Sie suchen die strengere Auffassung des Reichsversicherungsamts auch den Schiedsgerichten einzulimpfen. Und diese, aus Angst, das Reichsversicherungsamt würde sie rektifizieren, werden fortgesetzt nachgiebiger. Eine Berufsgenossenschaft hat ein eigenes Buch herausgegeben, in dem die den Verletzten ungünstigsten Entscheidungen gesammelt sind. Bereits in Nr. 54, 55 und 56 des „Gewerkevereins“ 1908 haben wir die Schrift besprochen. Schließlich ist es das gute Recht der Berufsgenossenschaften, ihre Interessen zu wahren. Kein Recht aber haben die Schiedsgerichte, das einseitige Material derselben zur Grundlage ihrer Rechtsprechung zu machen. Umwontener, weil am Reichsversicherungsamt auch heute noch recht viele Urteile gefällt werden, die erheblich günstiger sind als jene in der Berufsgenossenschaftschrift gesammelten. Und doch fangen die Schiedsgerichte an, schematisch nach den einseitigen Anweisungen zu urteilen. Am Schiedsgericht Berlin wird das genannte Büchlein von einigen Herrschaften als Talkman zwischen Verhandlungs- und Beratungskammer hin und her getragen, und fastwo soll es ebenso sein. Kürzlich erklärte am Berliner Schiedsgericht ein Arzt, der den Verletzten — schwere Fingerverletzung — unterlegen sollte, so etwa: „Auf den Zustand der Hand kommt es ja

nicht so sehr an, als auf das, was das höhere Gericht in ähnlichen Fällen jagt.“ Sprachs, suchte sich aus dem Büchlein einen irgendwie ähnlich gelagerten Fall heraus und wollte gerade für gänzliche Aufhebung der Rente reden, als glücklicherweise jemand einen anderen ähnlichen Fall in dem Buche fand, in dem das Reichsversicherungsamt 15 pCt. bewilligt hatte. Die Besitzer der Arbeiter bei den Schiedsgerichten sollten stets dagegen protestieren, daß das Buch als Grundlage der Schiedsgerichtsentscheidungen benutzt wird.

Wir stehen vor der Gefahr, zu einer rein schablonenmäßigen Handhabung der Rentenansprüche zu kommen. Vor uns liegt ein Rentenentziehungsantrag der Thüringischen Bauergewerksberufsgenossenschaft in Erfurt. Der Antrag datiert vom 15. Februar 1909 und richtet sich an das Schiedsgericht in Gotha. In diesem Falle handelt es sich um den Verlust der ersten Glieder am linken Mittel- und Ringfinger, wofür seit 1894 eine zehnprozentige Rente gezahlt wurde. Es heißt in dem Antrag zur Begründung deselben:

Herr Dr. Meyer stellte unter dem 30. d. Mts. fest, daß nunmehr völlige Gewöhnung und Anpassung eingetreten ist, so daß sich die Entziehung der Rente rechtfertigt. Hierbei beziehen wir uns auf die im Grohmann'schen Verlage in Hannover im Jahre 1908 herausgegebene Zusammenstellung von Schiedsgerichts- und Rekursentscheidungen Nr. 81 und 82“.

Hier wird einfach auf die Schablonen verwiesen und dem Schiedsgericht zugemutet, es solle diese schematisch anwenden. Wir haben jodeln Vertrauen in die übergroße Zahl der Schiedsgerichte, daß sie eine solche Zumutung entschieden ablehnen werden.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 12. März 1909.

Die Drucklegung des Verbandsadressenverzeichnisses ist beendet, so daß voraussichtlich Ende der nächsten Woche mit dem Versand begonnen werden kann. Um jedem Ortsverein die Beschaffung mehrerer Exemplare zu ermöglichen, ist die Auflage so groß gemacht worden, daß trotz zahlreicher Bestellungen noch eine erhebliche Anzahl zu haben ist. Wir eruchen deshalb die Ortsverbände und Ortsvereine, schleunigst ihre Bestellungen an die Adresse des Kollegen Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23, gelangen zu lassen und den Bestellungen gleich den Betrag, bei kleineren Sendungen möglichst in Briefmarken, beifügen zu wollen. Der Preis beträgt pro Exemplar 20 Pf. Der Vorkaufspreis wegen empfindet es sich, daß die Ortsverbände die Bestellungen der einzelnen Vereine aufnehmen und an den Kollegen Klein gelangen lassen.

In einer lebhaften Tarifbewegung befindet sich zurzeit unser Gewerkeverein der Deutschen Schneider und verwandter Berufsgenossen. Nach den bisher geltenden Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Organisationen sind zunächst örtliche Verhandlungen vorgesehen. Wenn dabei eine Einigung nicht erzielt wird, soll eine endgültige Entscheidung in den am 20. März und folgenden Tagen in Frankfurt am Main stattfindenden Schlichtungsberatungen der Hauptvorstände getroffen werden. Unser Gewerkeverein kommt an 15 Orten in Betracht. Leider muß die bedauerliche Tatsache festgestellt werden, daß die Unternehmer den örtlichen Verhandlungen nicht die genügende Würdigung zuteil werden lassen. Mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur lehnen sie vielfach jede Lohnerhöhung ab und verträsten auf bessere Zeiten. In anderen Orten wieder werden die Verhandlungen derartig in die Länge gezogen, daß an einen Abschluß vor dem 20. März kaum gedacht werden kann. Nur an wenigen Orten, wie in Elbing, ist eine Einigung erzielt worden, oder läßt sich eine solche in den nächsten Tagen erwarten. Im Interesse des Gewerbes läge es sicherlich, wenn die Unternehmer etwas mehr Entgegenkommen zeigten. Hier und da muß der Anschein erweckt werden, als ob die Arbeitgeber sich der Bedeutung des Friedenswerkes noch nicht bewußt wären. Hoffentlich kommt ihnen bald die nötige Einsicht, damit der Friede im Schneidergewerbe erhalten bleibt, an dem Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in gleichem Maße interessiert sind.

Die Lohnfrage bildet den Kernpunkt der Heimarbeitfrage. Das ist der Standpunkt, der vom Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeit-

erinnen-Interessen vertreten wird und der auch in der am 10. März im Berliner Rathausaal abgehaltenen Versammlung zum Ausdruck kam. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf. Der Saal war überfüllt und mußte schon um 8 Uhr geschlossen werden, so daß Hunderte den Weg dergelich gemacht hatten. Die in Form und Inhalt überaus gediegene Referate wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen, und die Diskussion, in die namentlich unser Kollege Paul Krüger vom Gewerkeverein der Deutschen Schneider auf Grund seiner praktischen Erfahrungen überaus wirkungsvoll eingriff, zeigte das lebhafteste Interesse, das der behandelten Frage entgegengebracht wurde. Den Abschluß der Versammlung bildete die einstimmige Annahme folgender Resolution:

Der Mißstand, welcher in der Hausindustrie durch die ungerade Konkurrenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hervorgerufen wird, sowie die Tatsache, daß die Arbeiterschaft hier nicht in ausreichendem Maße kraft eigener Organisation eine gesündere Ordnung der Lohnverhältnisse zu erreichen vermag, machen es zur Notwendigkeit, die Lohnfrage in der Hausindustrie durch Einwirkung des Staates zu lösen.

Die heute im Bürgeraal des Rathauses versammelten Frauen und Männer sowie die unterzeichneten Vereine richten durch die Forderung an den Reichstag und die verbündeten Regierungen, in den jetzt vorliegenden Gesetzentwürfen, sei es die Novelle zur Gewerbeordnung oder das Arbeitsstammengesetz, die gesetzliche Regelung der Hausindustrie vorzugeben.

Sie beauftragen für diesen Zweck die Einsetzung von Instanzen, aus gewählten Vertretern der Unternehmer und der hausindustriellen Arbeiterschaft zusammengesetzt, welche verpflichtet werden, auf Tarifabkommen hinzuwirken und, wo freiwillige Vereinbarungen nicht zustande kommen, rechtsverbindliche Mindestlohnregelungen aufzustellen. Diese gesetzlichen Mindestlöhne müßten auf Grund der von den Rentnern ermittelten orts- und berufssüblichen Löhne festgestellt werden und einlagbar sein. Sie würden sich vorzüglich den bestehenden Verhältnissen anleihen, eine Lohnhöhe bestimmen, welche die Industrie erfahrungsgemäß tragen kann, den ansässigen Unternehmern vor Schmutzkonkurrenz schützen, den Arbeitenden die Lebensnotdurft sichern und somit im Interesse aller Beteiligten sowie der nationalen Wohlfahrt sein.

Die Referate werden in aller nächster Zeit im Druck erscheinen und von uns wegen des überaus reichhaltigen Materials, das sie zur Beurteilung der Heimarbeitfrage bringen, veröffentlicht werden.

Gegen die Arbeiterschlüsse, wie sie in der Gewerbeordnungs-Novelle vorgelesen sind, laufen die Textilindustriellen von Forst i. L. Sturm. Die Reichstagskommission, in deren Schoß zurzeit die Gewerbeordnungs-Novelle ruht, hat beschlossen, daß für jeden Betrieb mit mehr als 20 Arbeitern ein ständiger Arbeiterschlusses von mindestens 5 Mitgliedern errichtet werden muß. Dieser hat insbesondere auch Anträge und Beschwerden der Arbeiter über Betriebsbedingungen, Arbeitsverhältnisse, Wohlfahrtsanstalten des Betriebsinhabers vorzutragen. Ueber seine weiteren Aufgaben trifft die Satzung Bestimmungen. Ueber Ausnahmen von der regelmäßigen Arbeitszeit und der Sonntagsruhe ist der Ausschuss ebenfalls zu hören. In der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten im Ausschusse dürfen die Arbeiter nicht beschränkt werden. Entgegenstehende Vereinbarungen sind ungültig. Wahlberechtigt sind alle volljährigen Arbeiter, sofern die Berechtigung nicht auf die 25-jährigen durch die Satzung eingeschränkt wird. Die Arbeiterinnen wählen, wenn mehr als 20 im Betriebe beschäftigt sind, in besonderem Wahlzettel ihre Ausschussvertreterinnen. Die alle 2 Jahre abzuhaltenden Wahlen werden besonders geregelt.

Diese Bestimmungen haben es dem Fabrikantenverein zu Forst i. L. angetan. Er erhebt Protest dagegen, daß den Arbeiterschlüssen auch gewissermaßen die Ueberwachung der Wohlfahrts-einrichtungen zustehe soll. Dies greife das Bestimmungsrecht der Gründer der Wohlfahrts-einrichtungen derartig an, daß diese zweifellos nicht vermehrt, möglicherweise aber juridisgezogen werden.

Wir sind der Meinung, daß, wenn es sich um wirkliche Wohlfahrts-einrichtungen zugunsten der Arbeiter handelt, die Arbeitgeber den Arbeiterschlüssen gern ein Ueberwachungsrecht zugestehen werden. Wo man sich dagegen sträubt, liegt immer der Verdacht vor, daß es sich um solche Wohlfahrts-einrichtungen handelt, die den Arbeitern zur Plage, zur Fessel werden.

Als die schwerste und kränkendste Verletzung aber empfinden es die Forster Textilindustriellen, daß dem Arbeiterschlusses das Recht zustehe soll, gutachtlich darüber zu befinden, ob Ueberstunden oder Sonntagsarbeit nötig ist. Sie erblicken darin einen unerhörten Eingriff in das Dispositionsrecht des gewerblichen Unternehmers, wenn diesem zugemutet wird, daß zu der von ihm für nötig

befundenen Ueberarbeit einem Ausschusse seiner Angestellten ein Zustimmung- oder Vetorecht zuzufinden soll. Eine derartige Sozialpolitik verstößt einseitig zugunsten der Arbeitnehmer gegen die Parität des Arbeitsvertrages. Und dann wird der Vogel abgeschossen mit der Behauptung, daß dadurch die deutsche Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte, die ohnehin schon durch die Lasten der deutschen Sozialpolitik wesentlich vermindert ist, noch weiter herabgesetzt wird.

Diese Klagen von der Verminderung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie wegen unserer Sozialpolitik, machen auf Kundige längst keinen Eindruck mehr. Auch der Reichstag wird sich durch diese Klagen hoffentlich nicht beeinflussen lassen. Es hilft den Herren nun einmal nichts. Sie müssen sich schon daran gewöhnen, von ihrem Herrenstandpunkt herabzublicken und den Arbeitern ein leider noch immer recht bescheidenes Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage zugeben.

Arbeiterbewegung. In der Eisengießerei von Hoffmann u. Mohr bei Eberswalde ist es zu Differenzen gekommen. Den Schweißkessnarbeitern und Walzern wurden erhebliche Abzüge an den Afforden zugemutet, so daß sie für die herabgesetzten Löhne nicht mehr arbeiten wollten. Darauf schloß die Firma den Betrieb und warf über 100 Arbeiter auf die Straße. Alle Einigungsversuche sind scharf zurückgewiesen worden. — In der Eisengießerei von Bolzin in Lückermünde sind wegen versuchter Lohnreduktionen die Former und Gießereiarbeiter in den Streik getreten. — Der Kampf der Weber und Weberinnen von W. Neugebauer Söhne u. Karl Rospißil (G. m. b. H.) in Langenbielau dauert fort und hat noch größere Ausdehnung angenommen, da auch die Hilfsarbeiter in die Bewegung hineingezogen sind. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten beläuft sich auf etwa 500. Die eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen und abgebrochen worden. — Die Differenzen bei der Firma Schwarzkopf in Wildau sind durch beiderseitiges Entgegenkommen beigelegt.

In Marzelle sind die Maschinenieser in den Streik getreten, da die Unternehmer ihre Forderungen auf Regelung des Lehrlingswesens und Erhöhung des Lohnes von 8,50 Frs. auf 10 Frs. abgelehnt haben. Die Zeitungen erscheinen weiter, da vielfach Arbeiter eingestellt wurden.

Kein Friede zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen. Die von uns in Nr. 19 nach dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ gemachte Mitteilung, daß auf Wunsch der katholischen Geistlichkeit der Kampf zwischen den beiden christlichen Richtungen aufhören und möglichst eine Vermählung herbeigeführt werden soll, ist nicht zutreffend. „Der Arbeiter“, das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), bezeichnet diese Mitteilung als einen Fastnachtsscherz der sozialdemokratischen Presse. Der „Berliner“ Arbeitersekretär Rothmann, der als der Urheber jenes Gerüchtes genannt worden war, erklärt, daß er niemandem eine diesbezügliche Mitteilung gemacht habe und bezeichnet es als unwahr, „daß die Sekretäre der katholischen Arbeiterorganisation die Anweisung erhalten haben, mit den christlichen Gewerkschaften Frieden zu schließen, um sich mit ihnen zu einer Organisation zu vereinigen.“

Noch entschiedener verwahrt sich der Bezirksleiter der christlichen Gewerkschaften an der Saar, Herr Süßes, in der „Saarpost“ gegen jene Friedensgerüchte. Er schreibt:

„Eine Einigung zwischen „Berliner“ Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften ist nur dann möglich, wenn die „Berliner“ ihre Fachabteilungen, d. h. konfessionellen Gewerkschaften, aufgeben. Zwischen konfessionellen und christlichen Gewerkschaften ist ein Zusammenarbeiten unmöglich. In demselben Moment, wo die christlichen Gewerkschaften die konfessionellen Gewerkschaften als gleichberechtigt anerkennen, verzichten sie auf ihre Existenzberechtigung. Das kann selbst der naivste Mensch nicht verlangen. Das ist nicht nur mein Standpunkt in dieser Frage, sondern der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften überhaupt.“

Wir hatten gleich unseren Zweifeln an der Wahrheit der Mitteilung Ausdruck verliehen und finden nun, daß diese Zweifel auch durchaus berechtigt waren. Der Kampf zwischen den beiden christlichen Organisationen wird weiter toben.

Gleiche Brüder — gleiche Kappen. Ähnliche Vorgänge, wie sie sich vor kurzem in der Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus-Buch abgepielt haben, konnte man am Sonntag im Bürgersaal des Berliner Rathauses erleben,

wo der preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer seinen Bundestag abhielt. Es war die Parade der Hausagrarier, die hier stattgefunden hat, und was Selbsttätigkeit und Rücksichtlosigkeit anbetrifft, so können sich diese städtischen Agrarier ganz ruhig mit ihren ländlichen Brüdern messen. Wie diese ihre Unerbittlichkeit zu begründen wissen mit ihrer Unentbehrlichkeit als Stützen von Thron und Altar, so stellen sich die Haus- und Grundbesitzer hin als die wichtigste Schicht in der städtischen Bevölkerung, die deshalb auch alle möglichen Vorrechte für sich in Anspruch nehmen darf. Alle Maßnahmen, die einen etwas sozialpolitischen Anstrich haben, aber geeignet sind, den Profit der Herren auch nur im geringsten zu schmälern, finden härteste Verurteilung. So wandte man sich mit aller Energie gegen die Bevorzugung der Baugenossenschaften, denen aus Staatsmitteln und aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalten billigerer Kredit gewährt wird, als ihn der private Hausbesitz erhält. Ähnlich wie die Zunker im Zirkus-Buch, nahm man auch Stellung zur Reichsfinanzreform. Dabei wurde die Forderung aufgestellt, daß die neuen Reichssteuern dem Grundgedanken der Reichsverfassung entsprechend durch indirekte Steuern ausgedrückt werden müßten. Der Besitz werde schon in genügender Weise durch die in den Bundesstaaten und den Kommunen erhobenen Steuern getroffen. Wenn die von der Regierung vorgeschlagene Nachlasssteuer angenommen werden sollte, so müßte dem städtischen Hausbesitz dieselbe Vergünstigung zuteil werden, die für den ländlichen Grundbesitz vorgeesehen ist.

Auch hier sieht man wie Stadt und Land sich an „Opfermut“ gegenseitig zu überbieten suchen. Scharfe Angriffe wurden auch gegen die Warenhäuser und die Bäderverordnung gerichtet. Die Warenhäuser haben sich den Groll der Hausagrarier zugezogen, weil dadurch das Vermieten der Läden an Detailisten erschwert wird. Die Bäderverordnung ist ihnen ein Dorn im Auge, weil dadurch die schlecht eingerichteten Bäder nicht mehr vermietet werden. Also allein die Profittucht ist maßgebend; soziale Gründe existieren für die Herren nicht.

Bedeutend war auch das Wort eines Redners, das letzte Jahrzehnt habe der Landwirtschaft gehört, jetzt müsse einmal der Grundbesitz daran kommen. Diese Äußerung vervollständigt das ganze Bild und liefert den vollgültigen Beweis dafür, daß die Hausagrarier nicht um einen Cent besser sind als die um Sabn, Roefide und Dertel.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

Ortsverband Stolp i. Pom.

Liest man die Berichte über die Tätigkeit der Ortsverbände, so macht man als überzeugter Gewerkschafter die freudige Wahrnehmung, daß die Vorstände der Ortsverbände ihre ganze agitatorische Kraft eingesetzt haben, den Bestand der Mitglieder zu vergrößern. Und gerade hier in unserem industriearmen Sten haben die Ortsverbände ganz Erfriechliches geleistet.

Auch unser Ortsverband, einer der größten im Osten, hat im Jahre 1908 seine ganze Kraft angewandt, um das Geschlossene nicht nur zu erhalten, sondern auch zu vergrößern. Ist es dem Ortsverbandsausschuß auch nicht gelungen, neue Vereine zu gründen, so hat er es doch verstanden, durch Aussprache mit den Vereinsvorständen dieselben anzuregen, tüchtig für Vergrößerung ihrer Vereine einzutreten, was ihnen auch gelungen ist. Besonders bei den Holzarbeitern, Maschinenbauern und Fabrik- und Handarbeitern ist die Mitgliederzahl erheblich gestiegen. Letzterer Ortsverein hat größtenteils seinen Mitgliederzuwachs aus den Reihen der Verbändler erhalten.

Aber auch auf sozialpolitischem Gebiete hat der Verband sich eifrig betätigt. Auf Anregung des geschäftsführenden Ausschusses ist es durch eine Eingabe gelungen, daß für 1909 vier Kollegen zu Schöffen ausgelost sind. Ferner haben wir durch die starke Beteiligung unserer Verbandskollegen bei der letzten Stadtverordnetenwahl erreicht, daß ein Gewerkschafter in unser Stadtparlament gewählt worden ist, welcher in sich nicht der einzige bleiben wird. Auch in den Vorständen der Allgemeinen Krankenkasse sind viele Verbandskollegen gewählt.

Eine Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung um Ausführung von Hilfsarbeiten zur Beschäftigung Arbeitsloser hatte nur insoweit Erfolg, als unter Gehuch dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiegen wurde.

Im Juni dieses Jahres finden die Wahlen der Vertreter zum Gewerbegericht statt, und obgleich die Weisheit seit Verleben des Gewerbegerichts in unseren Händen sich befindet, ist der Verbandsausschuß beim Magistrat vorstellig geworden um Einführung des Verhältniswahlsystems, wurde aber abfällig beschieden. Hierauf wurde gleich ein zweites, energischer abgefaßtes Schreiben an den Magistrat gerichtet, welches bis jetzt noch nicht beantwortet ist. Auf alle Fälle heißt es nun, auf dem Posten zu sein.

Auf der Ortsverbandskonferenz in Stettin waren wir durch die Kollegen Fall und Rißke vertreten. Das 40 jährige Bestehen der Deutschen Gewerkschafter

hat der hiesige Verband durch ein großartiges Fest gefeiert, welches sehr stark besucht war.

Unser Ortsverband, welcher aus 10 Ortsvereinen mit nahezu 600 Mitgliedern besteht, hat seine Beiträge in 5 ordentlichen, 2 außerordentlichen und 2 sommereierten Sitzungen erledigt. Verbandsversammlungen fanden zwei statt. In öffentlichen Ortsvereinsversammlungen sprachen wiederholt bei den Holzarbeitern die Kollegen Reichert-Berlin und Proszkowitz-Danzig, bei den Maschinenbauern Kollege Borath-Danzig, bei den Schneidern Kollege Krüger-Potsdam, bei den Schuhmachern Hauptvorsitzender Kollege Sturm, bei den Walzen Kollege Bergmann-Berlin, bei den Fabrik- und Handarbeitern Kollege Raab-Burg und bei den Maurern Kollege Müns-Magdeburg. Sämtliche Versammlungen haben den erwünschten Erfolg erzielt. Am großartigsten gestaltete sich die öffentliche Gewerkschafterversammlung, in welcher unser Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt-Berlin Vortrag hielt.

So hat der Verbandsausschuß voll und ganz seine übernommenen Pflichten erfüllt und reichlich dazu beigetragen, daß unser Ortsverband nach innen und außen am Schlusse des Jahres so dastehet, daß er eine Macht bildet, mit der unsere Gegner rechnen müssen. Ed. Fall, Ortsverbandschriftführer.

Gewerkschaften-Teil.

§ Berlin. Die Soziale Kommission hatte zum 28. Februar nach dem Verbandsaufse eine Versammlung der Vorstände sämtlicher Ortsvereine Groß-Berlins einberufen. Zur Erörterung stand das Thema: „Die Gewerkschaften von Groß-Berlin und ihre weitere Entwicklung.“ Als Referenten waren die Kollegen Reichert vom Gewerkschafter der Holzarbeiter und Jordan vom Gewerkschafter der Maschinenbauer vorgelesen. Der erste Referent suchte nachzuweisen, daß die Beziehungen der Gewerkschaften Groß-Berlins untereinander recht viel zu wünschen übrig lassen. Es sei dringend notwendig, daß die verschiedenen Ortsvereine sich in Zukunft fester zusammenschließen, schon um sich besser kennen zu lernen. Wohl sei dies bei der großen Ausdehnung Groß-Berlins sehr schwierig, aber nicht undurchführbar, wie die Gewerkschaftswahl gezeigt habe. Die bei dieser Gelegenheit geschaffene Grundlage müsse aufrechterhalten bleiben. Notwendig sei es, daß bei den gemeinschaftlichen Veranstaltungen die Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen mehr in den Vordergrund trete. Ferner müsse darauf geachtet werden, daß das System der Hausagitation eingeführt und energisch zur Anwendung gebracht werde. Dabei werde man allerdings nicht umhin können, pro Jahr und Kopf einen bestimmten Beitrag von den Vereinen zu erheben. Der zweite Referent, Kollege Jordan, stimmte diesen Ausführungen im wesentlichen zu und schilderte weiter eingehend den realen Wert eines derartigen Zusammenschlusses. Es werde dadurch vor allen Dingen ermöglicht, daß die Agitation, die jetzt meist in ein und denselben Händen liege, so daß die betreffenden Kollegen überlastet wären, auf mehr Schultern verteilt würde. Allerdings soll man die Schwierigkeiten eines solchen Apparates nicht verkennen. Redner wünscht, daß auch die Bildungsfragen mehr gepflegt werden. Selbst allgemeine Gewerkschaften würden inslande sein, das Zusammengedrängtegefühl zu pflegen und zu fördern. Beide Redner fanden mit ihren Ausführungen lebhaften Beifall. Die überaus rege Diskussion bewegte sich ebenfalls in Sinne derselben. Folgende Anträge gelangten zur Annahme: „Die heutige kombinierte Ausschusssitzung empfiehlt den Ortsvereinen aller Berufe, einen Beitrag von 10 Pf. pro Kopf und Jahr zu erheben, damit die Soziale Kommission die gesteckten Ziele erreichen kann.“ Außerdem: „Die anwesenden Ausschusssmitglieder aller Berufe verpflichten sich, dahin zu wirken, daß der Sozialen Kommission die Mittel, welche heute im Prinzip bestimmt werden, zugeführt werden. Des ferneren verpflichten sich die Anwesenden, einen endgültigen Beschluß über den Anschluß an die Soziale Kommission bis zum 18. April d. J. zu fassen.“ Die Ortsvereine werden ersucht, diesen Beschluß an den Kollegen G. Reichert, Kreisverwalter 221/28, zu senden. Mit einem Hoch auf die neue Bewegung wurde dann die Versammlung geschlossen. Mag. A. Rist, Schriftführer.

§ Dessau. Am Sonntag, den 28. Februar, fand eine vom Ortsverbande einberufene kombinierte Ausschusssitzung der Ortsvereine Dessaus statt. Nach Feststellung der Präsenzliste, die leider die Abwesenheit von 2 Vereinen ergab, erstattete Kollege Raab einen ausführlichen Bericht über den Stand der Gewerkschaftswahl. Er streifte in kurzen Zügen die bis jetzt gefassten Verhandlungen und teilte mit, es habe den Anschein, als ob der Metallarbeiterverband seine Aufgabe daran erblicke, das zwischen dem Ortsverband und dem ehemaligen Arbeiterverein mit dem Gewerkschaftsratell geschlossene Kompromiß zunichte zu machen. Unsere Aufgabe sei es, bis zu der nächsten Verhandlung eine abwartende Stellung einzunehmen und die Augen offen zu halten. Als Erfahrmänner für die Kommission wurden die Kollegen Bauer, Hertling und Becker gewählt. Alsdann erhielt Kollege A. Becker-Magdeburg das Wort zu seinem Vortrag: „Wie fördern wir unsere Agitation?“ u. a. wies Redner auf die Bedeutung der Presse hin und schilderte die Gründung und Entwicklung des „Mittel. Kurier“. Zwar habe dieses Blatt den Kollegen große Opfer an Arbeit, Zeit und Geld gekostet, dafür sei aber auch die Wirksamkeit desselben jetzt eine gute. Zum Beweise führte Redner die letzte Brauerbewegung in Magdeburg an. Diese habe gezeigt, was eine eigene und redigierte Zeitung zu leisten vermöge. Des ferneren erntet er an, daß man auf dem letzten Delegiertentage insofern einen Fehler gemacht habe, daß man die Zustellungsart des „Mittel. Kurier“ geändert habe. Das habe sich nicht bewährt.

Deshalb sei man nach dem Hervortreten dieses Redners wieder zur alten Zustellungsweise übergegangen. Außerdem habe man mit größter Regung den Preis ermäßigt. Jetzt könne man nur sagen, daß der „R. A.“ sich in einer außerordentlich günstigen Lage befindet. Zum Schluß teilte Redner noch mit, daß der „R. A.“ auch bei der bevorstehenden Gewerbegerichtsreform seine Schuldigkeit tun werde. Wohlwollender Beifall lohnte den Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Im Verschiedenen teilte Kollege Reimann noch mit, daß in nächster Zeit ein Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Pastor Baumeder stattfinden werde. Er ersuchte die Kollegen, recht kräftig hierfür zu agitieren, damit der Referent nicht vor einem leeren Saal spreche. Nach lehrreichen Dankworten an die Kollegen wurde die Versammlung geschlossen.

P. Maab, Ortsverbandschifführer.

§ Redarum. Am Sonntag, den 28. Februar, fand hier selbst eine Ortsverbandsversammlung statt. Kollege L. a. b. e. r. l. i. n. i. n. referierte über „Die gegenwärtige Krise und ihre Folgen für die Arbeiter“ und führte aus, daß der gegenwärtige Niedergang der Industrie, wie aus den früheren Krisen ersichtlich, meistens auf Vorbenommen zurückzuführen sei. Wenn der Arbeiter und Gewerbetreibende entlastet würde, wie es ihm als Mensch gebührt, und das erzielte, auf was er als gleichberechtigter Bürger ein Recht hat, würde es überhaupt keinen Rückschlag in der Industrie geben. Die in Krisenzeiten so oft erwähnte Ueberproduktion sei in Wirklichkeit eine Unterkonsumtion. Redner wies sodann an verschiedenen Beispielen nach, welche hohen Dividenden die Großindustrie jährlich aus dem Arbeiter herauszieht, und führte damit den Nachweis, daß bei einem Niedergang der Industrie in allererster Linie der Arbeiter zu leiden hat. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Schlußwort erwähnte der Referent die anwesenden Mitglieder zu gegenseitiger Unterstützung und tatkräftiger Mitwirkung an dem Ausbau unserer Organisation. Es wäre wünschenswert, wenn öfter solche belebende Vorträge hier gehalten würden, damit endlich auch einmal bei uns mehr Begeisterung für die Gewerbevereinsfrage sich geltend macht.

Paul Ditzberg, Ortsverbandschifführer.

§ Schenk. Der hiesige Ortsverband hatte zum 25. Februar verschiedene Kollegen der Kürschnerbranche eingeladen, um ihnen das Programm der Deutschen Gewerbevereine darzulegen und zu versuchen, einen Ortsverein zu gründen. Der Kollege D. o. s. t. - L. e. i. p. z. i. g. und einige Mitglieder des Ortsvereins Lindenau waren anwesend. Da aber diesen Abend nicht genügend Kollegen gekommen waren, so mußte die Gründung noch um acht Tage verschoben werden. Die folgende Versammlung war dank der eifrigen Agitation so gut besucht, daß die Gründung mit 18 Mitgliedern bewerkstelligt werden konnte. So wäre nun auch in der Kürschnerbranche in Schenk die Weg für die Gewerbevereine frei geworden. Da es hier an Orte viel Kürschnerereien gibt, steht zu erwarten, daß sich der Verein gut entwickeln wird. Aufmerksamkeit folgten die neuen Kollegen den Ausführungen der Referenten Schöber und Hoffe und vertragen, ferner tüchtig weiter zu arbeiten. An die Spitze des Vereins wurden Kollegen gewählt, welche erwarten lassen, daß sie die Sache der Deutschen Gewerbevereine energisch vertreten werden. Als Versammlungsort wurde das Restaurant „Stadt Leipzig“ und als Tag der Versammlungen jeder letzte Donnerstag im Monat bestimmt. Nachdem noch Kollege Hoffe alle Mitwirkenden bei der Gründung herzlich gedankt hatte, wurde die sehr lebhaft verlaufene Gründungs-Versammlung vom Einberufer geschlossen.

§ Schramberg. In unserer Ortsverbandsversammlung am Sonntag, den 28. Februar, hatten wir das Vergnügen, den neu angestellten Arbeitersekretär in Stuttgart, Kollegen F. u. s. s., in unserer Mitte zu begrüßen. In einem längeren Vortrage gab uns derselbe einen Ueberblick über den Gang der Arbeiterbewegung und die damit im Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen Fragen. Weiter streifte er die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen, die ihre Einrichtungen nur nach dem Vorbilde der Deutschen Gewerbevereine getroffen haben. Bedauerlich sei es, daß die Arbeiter nicht auch sonst den Gewerbevereinen gefolgt sind, sondern ihre Bewegung durch Dineinwerfen von parteipolitischen und kirchlichen Fragen zerplittert und geschwächt haben. Nur auf dem neutralen Boden der Deutschen Gewerbevereine sei es möglich, eine einheitliche Arbeiterorganisation zu erzielen und damit die Macht zu schaffen, die allein die Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber dem stark bestehenden Unternehmertum durchzuführen kann. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen schäuferte der Referent den praktischen Wert der Arbeitersekretariate, die allerdings nur bei einiger Opferwilligkeit der Kollegen zu halten sind. Ferner beleuchtete er das von den Metallindustriellen Württembergs beschlossene System der schwarzen Listen, die eine schwere Gefahr für die Arbeiter bedeuten. In gebührender Weise wies der Redner dann darauf hin, wie durch die gelben Gewerkschaften ein Keil in die Arbeiterbewegung hineingetrieben wird, da ihre Mitglieder zu willenslosen Werkzeugen der Unternehmers herabzinken. Lebhafter Beifall folgte den vortrefflichen Ausführungen. An der darauffolgenden Diskussion, in welcher Gelegenheit gegeben wurde, mancherlei Wünsche zum Ausdruck zu bringen, beteiligten sich zahlreiche Kollegen. Es gelangte sodann nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute in Schramberg in der Restauration „Deutzerlei“ tagende Ortsverbandsversammlung nimmt mit Entzückung Kenntnis von dem Kundschreiben des Verbandes der Metallindustriellen Württembergs zwecks Gründung gelber Gewerkschaften und berurteilt gleichzeitig die Maßnahmen, nach welchen den Arbeitern auf Umwegen durch sogenannte „Interimsvereine“ ihr Koalitionsrecht nach § 153 der Gewerbeordnung vorenthalten werden soll, während das Unternehmertum umso mehr befreit ist, davon Gebrauch zu machen. Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß die Gründung gelber Gewerkschaften auch in Württemberg der Arbeiterklasse in der Wahrung ihrer Berufsinteressen ein Hindernis ist, und erklären, dem Entstehen gelber Gewerkschaften mit Energie durch Aufkündigung entgegenzutreten zu wollen. Gleichzeitig wurde die Versammlung die vom Verband der Metallindustriellen für Württemberg herausgegebenen Formulare, sogenannte schwarze Listen unvollständiger Arbeiter, als einen Versuch gegen die guten Sitten, demgegenüber die Gewerbevereine mit allen ihnen zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln Front machen werden.“

In seinem Schlußwort richtete der Referent an die Verbandskollegen die erste Mahnung, inermülich für unsere Gewerbevereinsfrage zu wirken; denn nur durch einmütiges Zusammenarbeiten wird unsere Agitation von Erfolg gekrönt sein. Diesem Abschluß er mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Gewerbevereine die gut besuchte Versammlung.

Verbands-Teil.

Berlin. Ortsverbands der Deutschen Gewerbevereine (S. D.). Verbandsband der Deutschen Gewerbevereine, NO., Greifswalderstraße 221/223 Mittwoh,

17. März. Vortrag des Kollegen Gerwin über: „Der Bauernkrieg“. Gaste willkommen. — **Gewerbevereins-Vierteltag (S. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gaste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub No. 1.** Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Kadaw, Waldstraße 53. — **Wachmanns- und Metallarbeiter VIII.** Sonnabend, 13. März, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsbause, Greifswalderstraße 221/223. Antrag des Uebungsbüros: Vortrag des Herrn Max Juch.: „Die neuen Steuern und die Arbeiter“.

Leipzig. Deutsche Handelshilfsarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Lindenau, Eigenerstraße, statt.

Orts- und Bezirksverbände.

Berlin (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hugo Schulte-Matler, Distriktsklub. — **Wachmanns (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leichter, Ecke Panoramaplatz u. Jülicherstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr, im Hiltmanns Hotel, Poolstr., Distriktsklub. **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr in Sandersbräu, Weberstraße 28, statt. Gaste willkommen. — **Sagen u. Umg. (Distriktsklub).** Jeden jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Rich- und Bergstraßen-Ecke. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Vater Kolping“, Elbergrasse. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gassenkamp, Friedrich-Wilhelmstraße, Distriktsklub. — **Mühlheim-Wähe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — **Leipzig (Gewerbevereins-Vierteltag).** Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gaste und stimmbegierige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerbevereine).** Uebungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Besorgende Gewerbevereinskollegen stets willkommen. — **Lüdenscheid (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub im Lokal des Herrn Heiner. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 21. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, Ortsverbandsversammlung in der Königswohrt, Bühlstraße 12. L. D. daselbst. Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, die Versammlung zu besuchen. — **Lübeck (Ortsverband).** Sonntag, 14. März, 4 Uhr nachm., Versammlung bei Kämpfer (Bürgerverein). Wahl eines Delegierten nach Stettin. — **Hohenmölsen (Ortsverband).** Sonntag, 14. März, nachm. 3 Uhr, im Gasthaus „Zum Deutschen Kaiser“ kombinierter Sitzung sämtlicher zum Ortsverbande gehörender Ortsvereinsauschussmitglieder L. D.: 1. Agitation für das Jahr 1909. Referent: Herr Albin Müller sen. 2. Welche Aufgaben haben die Bezirkskonferenzen und Kommissionen? Referent: Herr Franz Böttcher-Billigsh. — **Crefeld (Ortsverband).** Sonntag, 14. März, nachmittags 3 Uhr, bei Küster, Crefeld. Vertreterversammlung des Ortsverbandes. — **Dortmund (Ortsverband).** Am 14. März, nachm. 3 Uhr, Vertreterversammlung bei Voß, Dortmund, Rheinischestr. 127.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. S. r. e. u. n. d. Preis 40 Pfg.
Wirtsch. Lehrbuch von Dr. C. J. S. u. d. s. Preis 80 Pfg.
Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
Die rechtsgeschichtliche Krise der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.
Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.
Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 20 Pfg.
Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerbevereine für das Jahr 1908. Preis 3 Mk. Früher erschienenen Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.
Auch alle anderen wirtsch.-statist. Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Rücknahme erwidelt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an das Verbandsbureau Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Fahnen, Vereinsabzeichen,
Schärpen u. a. schönsten und billigsten bei
Th. Berkop, Oppela.

Fidelitas.
Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozszenen, Couplets (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 2 Hef. Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.
C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.

Zauer (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Ortsgehelt bei P. Kobelt, Sozialplatz 6.

Barth i. Pom. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Dahn, Pohlstr. 211b. Arbeitsnachweis bei.

Gera, R. J. (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung bei Hermann Schneider, Böttcherstraße 5.

Wangen. Durchreisende erth. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Serbe, Wenzelsgraben 84.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Kasse** des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre.
Verpflichtetes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.
Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.
Alle Ortsaffilierte nehmen Anmeldungen entgegen.
Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau:
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Hefernände und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Besprechungskarten bei Otto Ganschow, Udermünde, Bahnstr. 12 und B. G. e. L. Zergelow, Wagenbrückstr. 5.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen B. e. u. g. e. l. in Steingraben, Ringelstraße, zu entnehmen.